

## Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

17. Dezember 2018

### **Äthiopien**

Am 13.12. und 14.12.18 kam es zu Kämpfen zwischen Angehörigen der ethnischen Gruppen der Oromo und der Somali in Moyale (Süd-Äthiopien). Dabei mindestens 21 Menschen getötet und 61 verletzt worden sein. Hunderte sollen nach Kenia geflohen sein. Der Konflikt hatte sich in den letzten Monaten verschärft.

### **Afghanistan**

#### **UN zu politischen, humanitären, menschenrechtlichen und sicherheitsrelevanten Entwicklungen**

Im Bericht des UN-Generalsekretärs vom 07.12.18 wird u.a. zur Sicherheitslage ausgeführt, dass die UNAMA (UN Assistance Mission in Afghanistan) zwischen dem 16.08.18 und 15.11.18 insgesamt 5.854 sicherheitsrelevante Vorfälle registriert habe, zwei Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2017. Die höchste Anzahl von Vorfällen habe es in der Südregion gegeben, gefolgt vom Osten und Südosten. Bei mehr als der Hälfte der Vorfälle habe es sich um bewaffnete Zusammenstöße gehandelt. Die Zahl der Selbstmordanschläge sei um 37 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2017 gesunken. Dies sei vermutlich auf verbesserte Kontrollmaßnahmen der Sicherheitskräfte zurückzuführen. Die Zahl der konfliktbedingt Binnenvertriebenen sei auf rund 290.000 Personen angestiegen. Hinzu kämen über 250.000 Menschen, die ihre Heimatorte wegen der Dürre verlassen und sich in die Städte begeben hätten. Diese Menschen erhielten die gleiche Unterstützung wie die Konfliktvertriebenen (s. UN General Assembly: The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security – Report of the Secretary-General v. 07.12.18).\*

#### **Militärische Auseinandersetzungen**

Es liegen Berichte über Militär- und Polizeioperationen in folgenden Provinzen vor: Khost, Ghazni, Paktika, Paktia (Südosten), Faryab, Sar-i-Pul, Balkh, Samangan, Jawzjan (Norden), Farah, Herat, Ghor, Badghis (Westen), Uruzgan, Helmand, Kandahar, Zabul (Süden), Kabul, Maidan Wardak, Logar (Zentrum), Nangarhar, Kunar (Osten), Kunduz (Nordosten) sowie Daikundi (Zentrales Hochland). Dabei wurden insbesondere bei Luftangriffen in den Provinzen Kunar und Helmand viele Zivilisten getötet.

### **Bangladesch**

#### **Verhaftungen vor der Wahl**

Medienberichten zufolge sollen vor den Wahlen (für 30.12.18 geplant) fast 2.000 Funktionäre und Unterstützer der Bangladesh Nationalist Party (BNP) inhaftiert worden sein. Laut BNP-Sprecher Rizvi Ahmed befinde sich die Mehrheit noch in Haft, es seien „hunderte erfundene Verfahren“ eingeleitet worden. Die BNP hatte die Parlamentswahl von 2014 boykottiert. Khaleda Zia, die Parteivorsitzende, ist wegen Korruptionsvorwürfen in Haft.

---

\* Die UNHCR-Richtlinien zur Beurteilung internationaler Schutzbedürftigkeit von AsylwerberInnen aus Afghanistan (Eligibility Guidelines) v. 30.08.18 sind inzwischen in deutscher Übersetzung erschienen.

## **China**

### **Viele Mitglieder einer Hauskirche festgenommen**

Seit dem 09.12.18 gehen Behörden gegen die staatlich nicht anerkannte protestantische Hauskirche Early Rain Covenant Church in Chengdu (Hauptstadt der Provinz Sichuan) vor. Mehr als 100 Führungspersonen, Studenten eines theologischen Seminars und andere Kirchenmitglieder wurden festgenommen, darunter der Pastor Wang Yi und dessen Ehefrau Jiang Rong. Einige Personen kamen wieder frei. Büros und Einrichtungen der Kirche wurden geschlossen. Wang Yi wird der Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht beschuldigt. Die Early Rain Covenant Church hat mehrere hundert Mitglieder. Während viele andere nicht registrierte Hauskirchen diskret im Untergrund wirken, agiert diese Kirche offen, veröffentlicht Predigten im Internet und missioniert auf der Straße.

Schätzungsweise bis zu etwa 80 Millionen Protestanten leben in China, ein deutlicher Anteil gehört staatlich nicht anerkannten Hauskirchen an. Beobachtern zufolge erhöhen die Behörden in jüngerer Zeit den Druck auf diese Kirchen. Sie würden mitunter genötigt, sich staatlich anerkannten Kirchen anzuschließen, oder geschlossen. Seit Februar 2018 ermöglicht eine geänderte Verordnung zur Regelung religiöser Angelegenheiten den lokalen Behörden ein schärferes Vorgehen. Wang Yi gehört zu den Urhebern eines Protestbriefes vom September 2018 gegen diese Verordnung, den mehr als 400 Pfarrer unterzeichneten.

### **Vorgehen gegen Gewerkschaftsaktivisten**

32 Personen befinden sich in staatlichem Gewahrsam, weil sie bessere Arbeitsbedingungen und Löhne bei einem Hersteller von Schweißgeräten in Shenzhen (Provinz Guangdong) forderten und dazu die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft betrieben. Zu den Festgenommenen zählen Beschäftigte des Unternehmens sowie Mitglieder einer informellen Unterstützergruppe namens Jasic Workers' Solidarity Group (JWSG). Sie wurden in landesweiten Razzien im Juli, August und November 2018 festgenommen. U.a. Absolventen und Studenten in marxistischen und maoistischen Arbeitsgruppen mehrerer Universitäten des Landes hatten die informelle Unterstützergruppe JWSG gebildet.

Einzige zugelassene Arbeitnehmervertretung ist der staatlich kontrollierte Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACFTU).

### **Festnahme nach Einzelprotest, Selbstverbrennung**

Ein jugendlicher tibetischer Mönch, der am 10.12.18 im Kreis Ngaba (chin.: Aba; Provinz Sichuan) allein gegen die chinesische Vorherrschaft protestierte, wurde festgenommen.

Verschiedenen Berichten zufolge hat sich zwischen dem 08. und dem 12.12.18 im Kreis Ngaba ein Tibeter selbst verbrannt; möglicherweise habe es in dem Zeitraum eine zweite Selbstverbrennung gegeben. Da die Behörden Nachrichten aus tibetischen Gebieten streng kontrollieren, liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Etwa 40 der mehr als 150 seit 2009 in China bekannt gewordenen Selbstverbrennungen fanden im Kreis Ngaba statt.

## **DR Kongo**

### **Gewalt im Vorfeld der Wahlen**

Im Vorfeld der für den 23.12.18 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erschoss die Polizei bei Wahlveranstaltungen des Oppositionskandidaten Martin Fayulu am 12.12.18 in Kalemie (südöstliche Provinz Tanganyika) am Flughafen vier Personen und am 11.12.18 in Lubumbashi (südöstliche Provinz Haut-Katanga) zwei Menschen. Martin Fayulu ist neben Felix Tshisekedi einer der beiden aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten der Opposition.

### **Kinshasa: Feuer zerstört Großteil der Wahlmaschinen**

In der Nacht zum 13.12.18 brannte in der Hauptstadt Kinshasa das Zentrallager der Wahlkommission (CENI) ab. Dabei wurden Wahlunterlagen sowie fast 8.000 der rund 10.000 für Kinshasa vorgesehenen Wahlmaschinen zerstört. Das Regierungslager und die Opposition beschuldigen sich gegenseitig, für den Brand verantwortlich zu sein. Laut Angaben des Leiters der Wahlkommission CENI sollen die Vorbereitungen zur Wahl fortgesetzt werden. Für die Wähler in Kinshasa, wo rund 17 der 80 Millionen Kongolesen leben, sollen Wahlmaschinen aus anderen kongolesischen Provinzen beschafft werden.

## **Indien**

### **Kaschmir: Tote bei Zusammenstößen**

Im indischen Teil Kaschmirs sind am 15.12.18 bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Separatisten mindestens 13 Menschen ums Leben gekommen. Laut Behördenangaben kam es in Pulwama zunächst zu einem Gefecht, bei dem ein Soldat und drei mutmaßliche Kämpfer der militanten Hizb-ul-Mujahideen getötet wurden. Bei anschließenden Ausschreitungen kamen neun Zivilisten ums Leben, zehn weitere wurden verletzt.

## **Irak**

### **AI-Bericht**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat in einem am 13.12.18 veröffentlichten Bericht dem IS u.a. die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen der Jesiden vorgeworfen. IS-Kämpfer hätten Brunnen und Bewässerungsanlagen vergiftet und zerstört, Ackerland und Obstgärten vernichtet, Vieh und Landmaschinen gestohlen sowie weite Landstriche vermint. Auch ein Jahr, nachdem die Regierung den militärischen Sieg über den Islamischen Staat erklärt habe, würde so die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat verhindert.

### **Hochsicherheitszone teilweise wieder geöffnet**

Lt. dpa-Meldung vom 11.12.18 hat die Regierung die hoch gesicherte „Grüne Zone“ in Bagdad wieder für den öffentlichen Verkehr freigegeben. Am Abend des 10.12.18 sei zunächst eine von mehreren Brücken, die über den Tigris zu dem Gebiet im Zentrum Bagdads führt, für den Verkehr freigegeben worden. Die Brücke soll nach Regierungsangaben in einer Testphase zunächst abends für mehrere Stunden geöffnet sein. Danach könnten auch weitere Zufahrtsstraßen zu der Zone wieder freigegeben werden. Die Behörden hätten auch bereits hohe Betonwände entfernt, mit denen das Gebiet in der Vergangenheit abgeriegelt worden war.

### **Basra: Demonstanten verletzt**

Am 14.12.18 setzten Sicherheitskräfte in Basra Tränengas ein, um eine Menschenmenge zu vertreiben, die sich nach dem Freitagsgebet vor dem Gebäude des Provinzialrats von Basra versammelt hatte. Die Zahl der Verletzten wurde nicht veröffentlicht. Seit Sommer finden unregelmäßig Demonstrationen gegen Korruption, Arbeitsplatzmangel und schlechte Dienstleistungen statt.

## **Iran**

### **Politischer Gefangener gestorben**

Der inhaftierte Oppositionelle Vahid Sayyadi Nassiri ist nach 60 Tagen Hungerstreik im Langeroud-Gefängnis in Ghom gestorben. Das teilten die Verantwortlichen des Gefängnisses am 12.12.18 der Familie mit. Nassiri war aus Protest gegen miserable Haftbedingungen und mit der Forderung der Verlegung ins Evin-Gefängnis in Teheran bzw. das Gefängnis in Karaj in den Hungerstreik getreten. Das Langeroud-Gefängnis ist für katastrophale Zustände bekannt.

### **Azad-Universität: Neue Bekleidungs Vorschriften in Studentenheimen**

Die Azad-Universität (Freie Universität) hat Studentinnen untersagt, in den Studentenheimen „häuslich bequeme“ Bekleidung zu tragen. Den Studenten wurde verboten, kurzärmelige Hemden zu tragen oder sich „modisch zu frisieren“. Das sind zwei Vorschriften aus einer langen Liste von Verboten und Geboten, die die Universitätsleitung zur „Wahrung der kulturellen Würde“ veröffentlicht hat. Eine Missachtung dieser Vorschriften könne zur Exmatrikulation führen, heißt es. Die Vorschriften beziehen sich nicht nur auf die Kleiderordnung. Den Studenten wird auch eine Internetnutzung untersagt, die zu moralischen Verwerfungen führen könnte. Die private „Islamische Azad-Universität“ ist mit ca. 1,7 Mio. Studenten und über 30.000 Mitarbeitern die größte Universität Irans.

### **Studie über Armutsgrenzen**

Am 11.12.18 hat das Forschungszentrum des Parlaments eine Studie über die Armutsgrenze in der Islamischen Republik veröffentlicht. Danach braucht eine vierköpfige Familie in Teheran 2.728 Millionen Tuman (ca. 228 €), um nicht unter die Grenze zu fallen. Damit wurde die Armutsgrenze im Vergleich zum Sommer 2017 um 22 % angehoben. Viele Wirtschaftsexperten bezeichnen die vom Forschungszentrum definierte Armutsgrenze als unrealistisch. Allein in den letzten sechs Monaten stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel um rd. 50 %.

## **Israel**

### **Drusen drohen wegen Nationalitätengesetz mit Ungehorsam**

Die traditionell mit den Juden verbündeten israelischen Drusen drohen Israel Ungehorsam an, weil sie sich durch das neue Nationalitätengesetz diskriminiert sehen. Der neue Bürgermeister der Drusen-Hochburg bei Haifa, Bahij Mansour, sprach von einer Krise in den Beziehungen zwischen der religiösen Minderheit und dem jüdischen Mehrheitsvolk. Er empörte er sich über den Plan der israelischen Rechtskoalition, den Juden offiziell eine bevorzugte Rolle zu geben und nur noch Hebräisch als offizielle Sprache anzuerkennen. Die arabischsprachigen Drusen würden durch das Gesetz zu Bürgern zweiter Klasse, kritisierte er.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Anschlagsreihe im Westjordanland**

Am 09.12.18 schossen zwei Palästinenser aus einem vorbeifahrenden Auto auf eine Gruppe israelischer Zivilisten an einer Bushaltestelle nahe der jüdischen Siedlung Ofra in den besetzten Gebieten. Sieben Israelis wurden zum Teil schwer verletzt, darunter eine Hochschwängere, deren Kind später verstarb. Nachdem die Täter nach Ramallah entkommen konnten, durchsuchten dort Israels Sicherheitskräfte die Büros der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa. In der Nacht des 12.12.18 kamen die Attentäter bei einem Schusswechsel mit ihnen ums Leben. Sie sollen außerdem für einen Anschlag in einer Fabrik (vgl. BN v. 08.10.18) verantwortlich gewesen sein. Wohl als Vergeltung wurden am Vormittag des 13.12.18 zwei israelische Soldaten durch einen Attentäter getötet. Die israelische Armee riegelte Ramallah vorübergehend ab – laut palästinensischen Medienberichten zum ersten Mal seit dem Ende der Zweiten Intifada im Jahr 2005. Am Abend des 13.12.18 kam es zu einem weiteren tödlichen Zwischenfall, als ein Palästinenser mit seinem Auto in eine Gruppe israelischer Soldaten fuhr und einen der Soldaten leicht verletzte. Der Mann wurde erschossen.

Anlässlich der Feier des 31. Gründungstages der Hamas am 14.12.18 sprach Parteichef Ismail Haniyeh vor Zehntausenden im Gazastreifen auch die jüngste Anschlagsserie an. Er lobte die Gewalt als eine weitere Intifada. Israelische Beobachter machen die Hamas für die Anschläge verantwortlich und sehen hinter ihnen eine Strategie, ihren Einfluss im Westjordanland zu stärken. Die israelische Regierung hat Maßnahmen angekündigt, mehrere unautorisierte jüdische Siedlungen im Westjordanland rückwirkend zu legalisieren und 82 Neubauten in Ofra zu genehmigen.

## **Jemen**

### **Folter in Houthi-verwalteten Gefängnissen**

Associated Press veröffentlichte am 07.12.18 einen Bericht, der von weit verbreiteter Folter in Gefängnissen spricht, die von den Houthi-Rebellen verwaltet werden. Diese hätten seit Anfang des Krieges 2014 Tausende politischer Gegner, Aktivisten, Journalisten und religiöse Führer verhaftet.

### **60.000 Tote durch Krieg**

Mindestens 60.223 Menschen sollen seit Januar 2016 im Krieg getötet worden sein, so The Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED). Im Jahr 2018 sollen bislang 28.182 Menschen ums Leben gekommen sein – eine Steigerung von 65 % seit 2017. Darüber hinaus sind Tausende an den indirekten Folgen des Krieges wie Krankheit und Hunger gestorben.

## **Friedensgespräche – erste Ergebnisse**

Die Friedensgespräche zwischen der jemenitischen Regierung und den Houhti-Rebellen, die am 06.12.18 in Schweden begonnen hatten, endeten am 13.12.18. Zusätzlich zu einen Gefangenenaustausch (vgl. BN v. 10.12.18) sollen die Parteien sich darauf geeinigt haben, ihre Streitkräfte aus Hodeida zurückzuziehen und einen Korridor für humanitäre Güter zur Stadt Taizz einzurichten. Viele Staatsangestellte, die in den von den Houhti-Rebellen kontrollierten Gebieten leben und seit fast zwei Jahren keine Gehälter bekommen haben, sollen wieder Bezahlung erhalten. Die Parteien haben außerdem vereinbart, sich im Januar 2019 zu weiteren Gesprächen zu treffen.

## **Kamerun**

### **Begnadigungsaktion**

Am 13.12.18 ordnete Präsident Paul Biya die Einstellung der vor Militärgerichten anhängigen Strafprozesse von 289 inhaftierten Personen an, die im Rahmen der anglophonen Krise in den beiden englischsprachigen Provinzen Nordwest und Südwest verhaftet worden waren. Die Freilassung sollte aber erst am 14.12.18 nach einer Anhörung vor den jeweiligen Militärgerichten erfolgen. Die Begnadigung erstreckt sich nicht auf Kriminelle, Mörder, gefährliche Terroristen sowie Personen, die eine Führungsrolle bei den Unruhen spielten. Laut Angaben der International Crisis Group sind während der anglophonen Krise bisher mindestens 500 Zivilisten und über 200 Angehörige der Sicherheitskräfte getötet worden.

## **Kasachstan**

### **Regimekritiker verhaftet**

Am 16.12.18, dem Jahrestag der Unabhängigkeit, verhafteten Sicherheitskräfte zahlreiche Menschenrechtsaktivisten, die am Unabhängigkeitsdenkmal in Almaty der Opfer von Polizeigewalt während der Demonstrationen am 16.12.11 in Zhanaozen und im Dezember 1986 in Almaty gedenken wollten. In der westkasachischen Stadt Oral nahm die Polizei zwei Journalisten der Zeitung Uralskaya Nedelya fest. Andere Journalisten soll die Polizei am oder beim Verlassen ihrer Häuser behindert bzw. gehindert haben.

### **Menschenrechtsaktivist verurteilt**

Am 10.12.18 verurteilte ein Bezirksgericht in Shymkent den Bürgerrechtler, Suin Abulda wegen vorsätzlicher Falschaussage in einem Betrugsfall zu fünf Jahren Haft. Abulda und seine Unterstützer wiesen das Urteil zurück; es sei politisch motiviert. Im Mai 2016 war der Bürgerrechtler 15 Tage in Haft aufgrund seines Engagements bei Demonstrationen gegen die Landreform. Im Zuge der Proteste gegen die Landreform, an denen sich Tausende beteiligten, kam es zu zahlreichen Verhaftungen sowie der Verhängung von Bußgeldern.

## **Kolumbien**

### **Gewalt durch FARC-Dissidenten**

Nach einem am 13.12.18 von Human Rights Watch veröffentlichten Bericht sind bewaffnete Gruppen in der Gemeinde Tumaco (Pazifikküste, Departamento Nariño) aktiv, aus der demobilisierten Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) hervorgegangene sind. Dabei seien die United Guerrillas of the Pacific und die Oliver Sinisterra neben anderen für einen starken Anstieg der Mordrate und eine im landesweiten Vergleich hohe Zahl an Vergewaltigungen in dem Gebiet verantwortlich. Auch komme es zu Entführungen und Verschwinden von Personen. Das Erstarken der Gruppen sei auf Mängel bei der Demobilisierung und auf eine gescheiterte Wiedereingliederung ehemaliger Rebellen in die Gesellschaft zurückzuführen.

## **Libyen**

### **Benghazi**

Nach der Häufung sicherheitsrelevanter Vorfälle in Benghazi in den letzten Monaten wurde der Leiter des Sicherheitsdepartments Benghazis, Salah Huwaidi, am 15.12.18 ersetzt. Er sah sich Vorwürfen ausgesetzt, die Sicherheit der Bürger nachrangig zu behandeln und dem Posten nicht gewachsen zu sein.

### **Punktuell medizinische Behandlung im Lande**

Nachdem im Verlauf der letzten sechs Monate fast 200 komplexe kardiologische Operationen von einem amerikanischen Team der US Novick Medical Foundation (davon 175 an Kindern) durchgeführt wurden, ist der Vertrag um ein halbes Jahr verlängert worden. Da aufgrund der Unzuverlässigkeit und des weitgehenden Zusammenbruchs der öffentlichen Gesundheitsversorgung gerade komplexere Operationen jahrelang kaum möglich waren, soll so zumindest punktuell der Stau an dringenden Herzoperationen gemindert und die Notwendigkeit reduziert werden, Libyer im Ausland behandeln zu lassen.

### **Referendumsprozess**

Das Parlament in Tobruk (House of Representatives, HoR) hat eine Reihe von Ergänzungen zur Verfassungserklärung verabschiedet, um dadurch das Wahlgesetz für die kommenden Wahlen zu ermöglichen. Mehrere wichtige politische Akteure, v.a. vom High Council of State (HCS - de facto also der Regierung in Tripolis) widersprechen diesen Ergänzungen. Nach Auffassung der Akteure laufen viele Details des neuen Wahlgesetzes den Bestimmungen des Libyan Political Agreement (LPA) von 2015 zuwider. Diese Bestimmungen stellen jedoch die Basis für den Wahlprozess dar.

### **Tripolis**

Am 12.12.18 starb der frühere Leiter des Sicherheitsdepartments von Tripolis an den Folgen eines Anschlages. Die Special Deterrence Forces (SDF), auch bekannt als Rada-Miliz, hatten kurz nach der Tat zwei Verdächtige inhaftiert, die die Tat gestanden haben. Sie soll rein kriminell motiviert gewesen sein.

Am 13.12.18 konnten drei Schulungseinrichtungen der Polizei von Tripolis erneut eröffnet werden. In ihnen sollen rund 1800 Polizeibeamte verschiedener Aufgabenbereiche ihre Ausbildung aufnehmen.

### **Derna**

Laut bisher unbestätigten Gerüchten sollen sich Kämpfer von den mit Khalifa Haftar verbündeten Milizen in Derna am Eigentum Einheimischer bereichert haben. Insbesondere seien Häuser besetzt worden. Zudem sollen im Bereich Jajish-Straße mehrere Häuser von politischen Opponenten niedergebrannt worden sein.

### **Infektionskrankheit ausgebrochen**

In der Umgebung von Sirte sind aktuell über 65 Fälle von der Infektionskrankheit Leishmaniasis bekannt geworden. Dies folgt auf einen Ausbruch in Tawergha mit etwa 200 Fällen im November 2018. Der weitverbreitete Mangel an Antibiotika und diversen anderen Medikamenten befördert das vermehrte Auftreten von Infektionskrankheiten.

### **IS-Aktivitäten**

Die Bezirksregierung von Jufra bestätigte am 16.12.18, dass von den zehn Ende Oktober 2018 aus Fuqaha entführten Personen sechs von Seiten des IS exekutiert wurden. Für die übrigen fordert der IS die Freilassung von inhaftierten IS-Kämpfern durch die Libyan National Army (LNA) Khalifa Haftars.

## **Mali**

### **Nordosten: Zivilisten getötet**

Nach Militärangaben haben am Morgen des 13.12.18 Bewaffnete auf Motorrädern mehr als 40 Zivilisten getötet. Die Gruppe habe im Bezirk Menaka ein Dorf angegriffen. Die Bewaffneten seien vermutlich aus dem Niger stammende Angehörige des nomadischen Hirtenvolks der Fulani. Menaka liegt rund 250 km

östlich der Stadt Gao unweit der Grenze zum Niger. Es kommt in dem Gebiet immer wieder zu Kämpfen zwischen sesshaften Bauern und Nomadengruppen um Land und knappes Wasser.

## **Moldau**

### **Europarat kritisiert Haftbedingungen**

In einem neuen Bericht fordert das Anti-Folter-Komitee des Europarates die Republik Moldau auf, Einschüchterung und Gewalt gegen Gefangene zu beenden. Inspiziert wurden die Gefängnisse in Chisinau und Soroca, wo viele Gefangene über körperliche und verbale Misshandlungen klagten. Im Jahr 2016 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Moldau für schlechte Haftbedingungen und unmenschliche und herabwürdigende Behandlungen von Gefängnisinsassen kritisiert. Menschenrechtsorganisationen berichten neben menschenunwürdigen Verhältnissen in den Haftanstalten immer wieder über Folter und Misshandlungen im Strafjustizsystem.

## **Nigeria**

### **Gudumbali: Kämpfe zwischen Armee und ISWA**

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf Angaben von drei Militärs, dass am 14.12.18 Kämpfer des von der Terrororganisation Boko Haram abgespaltenen Gruppe ISWA (Islamic State in West Africa) eine Militärbasis der Armee attackierten sowie eine Ortschaft bei Gudumbali (Sitz der Guzamala Local Government Area; Bundesstaat Borno). Hierbei sollen mindestens zwölf Soldaten getötet worden sein; Dutzende würden vermisst. Laut offiziellen Militärangaben hätten die Terroristen in Gudumbali Soldaten angegriffen, die Hilfsmaterial an die Bevölkerung verteilten. Bei der Abwehr des Angriffs seien ein Soldat und mehrere Angreifer getötet worden.

## **Pakistan**

### **Beluchistan: Anschlag auf Sicherheitskräfte**

In der südwestlichen Provinz Beluchistan wurden am 14.12.18 in der Nähe der Grenze zum Iran im Distrikt Kech sechs Mitglieder des paramilitärischen Frontier Corps getötet. 14 sollen verletzt worden sein. Zum Anschlag bekannten sich die Baloch Liberation Army (BLA) und die Gruppierung Baloch Raji Ajoie Sangar (BRAS), beides bewaffnete belutschische Separatistengruppen.

## **Ruanda/Dänemark**

### **Genozid-Verdächtiger ausgeliefert**

Am 11.12.18 lieferte Dänemark den der Beteiligung am Völkermord 1994 verdächtigten Wenceslas Twagirayezu an Ruanda aus. Ein Berufungsgericht hatte die Maßnahme im September 2018 erlaubt. Twagirayezu soll u.a. an der Ermordung von mehr als 1.000 Menschen in der Busasamana Catholic Parish und der Mudende University in der heutigen Western Province beteiligt gewesen sein.

Ruandische Behörden vermuten die meisten derzeit noch gesuchten mehr als 850 Genozidverdächtigen in den Nachbarländern DR Kongo (356) und Uganda (250).

## **Serbien**

### **Brandanschlag auf Journalisten**

Ein Korrespondent des Nachrichtenportals ZigInfo, der über lokale Korruption berichtet hatte, wurde am 12.12.18 Opfer eines Brandanschlags. Unbekannte warfen in der Nacht einen Molotow-Cocktail durch ein Garagenfenster. Danach schossen sie auf die Haustür, um zu verhindern, dass der Journalist und seine Frau entkommen konnten. Im Oktober wurde der Chefredakteur des Nachrichtenportals Opfer eines körperlichen

Angriffs. Beide hatten seit Juli 2018 Drohungen erhalten, nachdem ihre Berichte über Korruption in der Gemeinde veröffentlicht worden waren. Die Staatsanwaltschaft sei informiert worden. Laut EU-Kommission ist die Zahl der Fälle von Bedrohungen, Einschüchterungen und Gewalt gegen Journalisten weiterhin besorgniserregend. Bis einschließlich September 2018 gab es 57 Angriffe auf Journalisten. Journalistenverbände beklagen mangelnde Aufklärung und Strafverfolgung.

### **Weiter Proteste gegen Regierung**

Am 15.12.18 haben erneut Tausende gegen „die Gewalt“ des Präsidenten Aleksandar Vucic und seiner Regierung gegen Opposition und Medien protestiert. Am 07.12.18 waren Tausende auf die Straße gegangen. Zum Protest hatten mehrere im „Bündnis für Serbien“ vereinigte Oppositionsparteien aufgerufen (vgl. BN v. 10.12.18).

## **Somalia**

### **Anschläge**

Bei Anschlägen der al-Shabaab auf Militärkonvois kamen am 09.12.18 in Mogadischu drei somalische Soldaten und am 11.12.18 im Distrikt Wajid (Region Bay) mehrere äthiopische AMISOM-Soldaten ums Leben. Ein Journalist überlebte am 09.12.18 in Bososaaso (Puntland) unverletzt einen Anschlag eines Angehörigen der puntländischen Sicherheitskräfte. Nach Angaben des Journalisten soll der Anschlag von Assad Osman, Kommandeur der puntländischen Sicherheitskräfte, wegen kritischer Berichterstattung angeordnet worden sein. Osman kandidiert für Präsidentschaft Puntlands bei den im Januar 2019 anstehenden Wahlen.

### **Sheikh Mukhtar Robow verhaftet**

Äthiopische AMISOM-Einheiten verhafteten am 13.12.18 in Baidoa (Region Bay) Sheikh Mukhtar Robow alias Abu Mansur. Nach unbesätigten Berichten soll Robow gefoltert und nach Mogadischu gebracht worden sein. Robow war einer der Begründer der al-Shabaab, ihr stellvertretender Führer und Sprecher. Unbestätigten Berichten zufolge soll er 2013 zur Regierung übergelaufen sein. Wegen der Verhaftung kam es in Baidoa am 13. und 14.12.18 zu gewaltsamen Protesten seiner Unterstützer. Robow kandidiert für das Präsidentenamt des Bundesstaates South West bei den für den 19.12.18 geplanten Wahlen. Die Senatoren des Bundesstaates South West im somalischen Oberhaus verurteilten Robows Verhaftung und bezichtigten AMISOM der Einmischung in die Innenpolitik und der Zusammenarbeit mit der Regierung, um in die bevorstehenden Wahlen einzugreifen. Die Senatoren empfahlen eine Verschiebung der Wahl, um Robow eine Teilnahme zu ermöglichen.

### **340.000 IDPs nach Mogadischu geflohen**

Nach einem Bericht des Norwegian Refugee Council vom 11.12.18 flohen in der ersten Hälfte des Jahres 2018 mehr als 340.000 IDPs wegen Konflikten, Dürre und Überflutungen nach Mogadischu.

## **Sri Lanka**

### **Regierungschef wieder im Amt**

Am 16.12.18 wurde Ranil Wickremesinghe von Präsident Maithripala Sirisena erneut als Premierminister vereidigt und wieder in sein Amt eingesetzt. Durch die Absetzung Wickremesinghes am 26.10.18 war ein Machtkampf ausgelöst worden, der zu einer Staatskrise führte. Eine Mehrheit der Abgeordneten hatte den von Sirisena ernannten Mahinda Rajapaksa abgelehnt.

## **Syrien/Türkei**

### **Pläne für türkische Offensive in Nordsyrien**

Nach der Ankündigung von Staatspräsident Erdogan, eine neue Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien durchführen zu wollen, waren nach Medienberichten am 13.12.18 türkische Militärfahrzeuge auf dem Weg zur Grenze. Demnach seien Lastwagen mit Panzern und schweren Geschützen in der Grenzprovinz



Kilis angekommen und zu türkischen Truppen auf syrischem Gebiet gebracht worden. Die türkischen Streitkräfte sollen außerdem die oppositionelle Freie Syrische Armee (FSA) angewiesen haben, mit 14.000 Mann bereitzustehen.

Bisher kontrolliert die Türkei nur syrische Gebiete westlich des Flusses Euphrat. Erdogan zufolge will sie auch östlich des Euphrats aktiv werden und vor allem gegen die kurdische YPG-Miliz vorgehen, die an der türkischen Grenze Gebiete beherrscht und dort gegen den IS kämpft. Die USA lehnen nach Medienberichten eine weitere Militäroffensive der Türkei gegen kurdische Truppen im Nordosten Syriens ab.

## **Thailand**

### **Wahlkampfverbot aufgehoben**

Am 11.12.18 teilte die Militärführung mit, dass das Wahlkampf-Verbot für die am 24.02.19 geplante Parlamentswahl aufgehoben sei.

## **Türkei**

### **Neue Festnahmen von Armeeeingehörigen**

Auch mehr als zwei Jahre nach dem gescheiterten Militärputsch geht die Regierung weiter gegen mutmaßliche Anhänger des islamischen Predigers Fethullah Gülen im Militär vor. Am 13.12.18 hat die Staatsanwaltschaft in Istanbul Haftbefehle gegen 216 Offiziere und Unteroffiziere in Zusammenhang mit dem Putschversuch von Juli 2016 erlassen, darunter vier Oberste und fünf Oberstleutnante. Es gab zahlreiche Razzien.

### **Verurteilung Demirtaş‘ bestätigt**

Ein Berufungsgericht hat am 04.12.18 die Verurteilung des Oppositionspolitikers Selahattin Demirtaş zu vier Jahren und acht Monaten bestätigt, zu der er am 07.09.18 wegen Terrorpropaganda verurteilt worden war. Mit dieser Bestätigung ist er erstmals rechtskräftig verurteilt. Gegen den ehemaligen Chef der prokurdischen Oppositionspartei HDP laufen noch weitere Verfahren.

## **Turkmenistan**

### **Präsident begnadigt hunderte Gefangene**

Anlässlich des Internationalen Tages der Neutralität (12.12. 2017 von den Vereinten Nationen ausgerufen) begnadigte Präsident Gurbanguly Berdymukhammedov 796 Gefangene. Er gewährte bereits in den letzten Jahren häufig Amnestien anlässlich von Feiertagen. Diese Begnadigungen gelten oft nicht für politische Gefangene.

## **Ukraine**

### **Kriegsrecht läuft aus**

Präsident Poroschenko kündigte am 16.12.18 in Kiew an, er werde das am 26.11.18 für 30 Tage verkündete Kriegsrecht (in Teilen des Landes) nicht verlängern; es sei denn, Russland greife massiv an.

## **Zentralafrikanische Republik/Frankreich**

### **Mutmaßlicher Kriegsverbrecher festgenommen**

Aufgrund eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag wurde am 12.12.18 in Frankreich ein hochrangiger Milizenführer aus der Zentralafrikanischen Republik festgenommen. Er soll nach Den Haag überstellt werden. Laut IStGH ist Patrice-Edouard Ngaïssona für die zwischen Dezember 2013 und Dezember 2014 im Westen der ZAR begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich. Ngaïssona sei einer der höchsten Führer und oberster Koordinator der

meist christlichen Anti-Balaka gewesen, die gegen die vorwiegend muslimischen Gruppen der Séléka kämpften. Bereits im Oktober 2018 wurde ein früherer Kommandant der Anti-Balaka, Alfred „Rambo“ Yekatom, in Bangui, der Hauptstadt der ZAR, festgenommen und im November 2018 an den IStGH überstellt.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing-Notes  
[informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de)